



esse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse  
 sse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse  
 se - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse  
 e - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse  
 - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse  
 nteresse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse  
 teresse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse  
 ere

# INTERESSE

# 2023/3

Soziale Information Nr. 3  
 Herausgegeben vom  
 Fachbereich Gesellschaft und Soziales  
 der Diözese Linz

## Leistbar, gesund und klimafreundlich für alle? Vorschläge für eine klimasoziale Politik in Österreich.

**Alle in Österreich lebenden Menschen sind von Klimapolitik und Klimafolgen betroffen – manche mehr und andere weniger.**

von Sebastian Seebauer, Ernest Aigner  
 und Katharina Brugger

Die EU und Österreich haben sich ambitionierte Ziele zur Reduktion der Treibhausgasemissionen gesetzt, die eine grundlegende Transformation unseres Wirtschaftssystems, unserer Lebensumstände und unserer Alltagsgewohnheiten erfordern. Zugleich sind wir wegen des Klimawandels höheren Risiken ausgesetzt, etwa durch Hitze, Starkregenereignisse oder die Ausbreitung von allergenen Pflanzen.

So gut wie alle Klimastrategien auf Bundes- und Länderebene verfolgen das Ziel einer sozial verträglichen Klimapolitik und fordern, soziale Aspekte zu berücksichtigen. Doch wie kann dieses Ziel konkret umgesetzt werden? Oft wird darauf geachtet, soziale Ungleichheiten, die in Folge von Klimapolitik entstehen, auszugleichen. Dieser Ansatz verkennt allerdings die akuten sozialen Herausforderungen in Österreich. 2022 waren 2,3 % aller Menschen in Österreich erheblich materiell und sozial benachteiligt 17,5 % waren armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Das ist unter anderem das Resultat langjähriger kumulierter Entscheidungen in der Arbeitsmarkt-, Sozial- oder Wohnungspolitik. Bloß das derzeitige Niveau an Ungleichheit zu halten, greift daher



zu kurz. Ungleichheiten spiegeln sich auch in der Verteilung der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Um das 1,5 °C-Ziel zu erreichen, dürfen pro Person bis 2050 maximal jährlich 1,9 Tonnen CO<sub>2</sub> emittiert werden.

Aktuell emittieren Menschen in Europa das Fünffache. In Österreich emittieren die reichsten 10 % der Haushalte etwa viermal so viel wie die ärmsten 10 %. Die Diskussion über soziale Gerechtigkeit im Klimaschutz sollte daher nicht nur über die Sicherung der Bedürfnisse aller, sondern auch über eine Begrenzung des Verbrauchs geführt werden. Klimapolitik trifft auf die etablierten Strukturen und Leistungen des Sozialstaats, die geschaffen

wurden, um soziale Ungleichheit abzufedern. Klimarelevante Bereiche wie Wohnen und Gesundheit sind Kernaufgaben der öffentlichen Hand. Eine sozial verträgliche Klimapolitik sollte daher die beiden Felder Klima und Soziales eng miteinander verstricken. Nachstehend hier einige Vorschläge:

### Soziale Klimapolitik

Klimapolitische Instrumente können sozialer gestaltet werden, wenn vulnerable Gruppen explizit in Anspruchskriterien berücksichtigt werden. Zum Beispiel können sich einkommensschwache Haushalte vom Ökostromförderbeitrag befreien lassen, der auf die Stromkosten aufgeschlagen wird. Voraussetzung dafür ist aber eine GIS-Befreiung, die mit Zugangshürden, bürokratischem Aufwand oder Scham verbunden sein kann. Einkommensschwache Haushalte können bis zu 100 % Förderung zur Gebäudesanierung erhalten – sofern sie Wohnungseigentümer:innen sind, doch der Großteil dieser Haushalte wohnt zur Miete.

Letztes Jahr wurde mit der CO<sub>2</sub>-Steuer ein Anreiz für klimafreundlichen Konsum geschaffen. Beim Klimabonus, der Rückvergütung



der CO<sub>2</sub>-Steuereinnahmen, wird regional zwischen Stadt und Land differenziert. Eine pauschale oder auf einkommensschwache Gruppen ausgerichtete Rückvergütung könnte allerdings einen breiteren sozialen Ausgleich erreichen. Anstöße für klimafreundliches Verhalten sind nicht nur eine Frage der Kostenbe- oder -entlastung, sondern auch der Handlungsmöglichkeiten der Betroffenen. Hinter Preisanreizen wie einer CO<sub>2</sub>-Steuer steckt die implizite Annahme, dass Menschen ohne weiteres ihre Nachfrage verlagern können. Gerade bei Wohnen und Mobilität sind hier vulnerable Gruppen oft benachteiligt, etwa weil sie keine Ersparnisse oder Kreditwürdigkeit für Investitionen haben oder weil sie im Zugang zum Wohnungsmarkt eingeschränkt sind.

Sozialverträglicher wären flächendeckende strukturelle Verbesserungen, die allen vulnerablen und nicht-vulnerablen Menschen gleichermaßen zugutekommen. Zum Beispiel würde eine umfassende Sanierungspflicht von Bestandsgebäuden nicht nur CO<sub>2</sub>-Emissionen, Heizkosten und Abhängigkeit von Energieimporten für alle reduzieren, sondern auch schlechte Wohnverhältnisse mit Überbelegung, Schimmelbelastung oder Feinstaubemissionen von Holzöfen verbessern.

### Klimafreundliche Sozialpolitik

Sozialpolitik wird klimafreundlicher, wenn Transfer- und Dienstleistungen mit weniger Emissionen einhergehen und sie zugleich wirksame Klimapolitik ermöglicht.

Wie und wo Infrastrukturen der sozialstaatlichen Grundversorgung bestehen, gestaltet die individuellen Möglichkeiten, klimafreundlich zu leben. So können die Wege von Pflege- und Gesundheitspersonal reduziert werden, indem Primärversorgungszentren in Ortskernen angesiedelt werden. Die Förderung pflanzenbasierter Ernährung hilft der Gesundheit und dem Klima.

Ein weiterer Ansatzpunkt ist die Klimakompetenz der Beschäftigten in Sozial- und Gesundheitsberufen. Einerseits betrifft dies zu verstehen, wie sich Krankheiten durch den Klimawandel ausbreiten, ob Medikamente aufgrund von Hitze anders wirken, oder welche besonderen Bedürfnisse Menschen mit Pflegebedarf aufgrund von Hitze haben. Andererseits können klimafreundliche Maßnahmen im Arbeitsumfeld umgesetzt oder Patient:innen und Klient:innen bei klimafreundlichen Alltagsgewohnheiten unterstützt werden.

Sozialpolitische Transferleistungen sind ein wesentliches Element des österreichischen Sozialstaats. Klimakonttraproduktive Förderungen im Bereich Verkehr und Energie entfallen zu 37 % auf Haushalte, allen voran die Pendlerpauschale. Heizkosten- oder Wohnkostenzuschüsse können eine klimapolitische Lenkungswirkung haben, wenn sie an Energieeffizienzkriterien gekoppelt werden. Allerdings muss hier der jeweilige Handlungsspielraum der Betroffenen beachtet werden.

### Klimasoziale Politik

Wie können die zahlreichen Berührungspunkte zwischen Klima- und Sozialpolitik genutzt werden? Das Beispiel Gender-Mainstreaming hat gezeigt, dass ein übergreifendes Thema in alle Politikbereiche getragen werden kann. Klimasoziales Mainstreaming würde bedeuten, dass in allen klimapolitischen Gesetzen und Verordnungen soziale Aspekte betrachtet werden, und umgekehrt alles sozialpolitische Handeln explizit auf Klimaaspekte abstellt. Verwaltungsabteilungen für Soziales, Gesundheit, Energie, Wohnen oder Verkehr sowie Sozialversicherungen, Sozial- und Gesundheitseinrichtungen könnten sich besser vernetzen und ihre Aktivitäten abstimmen. Klimasoziale Politik kommt nicht umhin, neue Antworten auf altbekannte Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen zu finden. Das vorhan-

dene Netz an sozialer Absicherung ermöglicht die Umsetzung ambitionierter Klimapolitik, weil soziale Schieflagen bis zu einem gewissen Grad abgefangen werden können. Die Arbeitslosenversicherung kann zum Beispiel die Transformation gesamter Industrien zu grünen Technologien unterstützen. Manche sozial schwache Bevölkerungsgruppen sind aber bereits jetzt mit beträchtlichen Lücken im sozialen Netz konfrontiert. Weitreichende Klimaschutzmaßnahmen sind eher den einkommensstärkeren Haushalten zuzumuten, die über bessere Handlungsmöglichkeiten verfügen und durch ihren höheren CO<sub>2</sub>-Fußabdruck stärker zur Klimakrise beitragen. Eine Klimasozialversicherung könnte sowohl vor klimabedingten Gefahren schützen als auch gegen Veränderungen durch Klimaschutz absichern. Je besser die generelle soziale Sicherung ausgebaut ist, desto ambitionierter kann die Klimapolitik sein.

*Tipps zum Weiterlesen:*

BMSGPK (2021). Soziale Folgen des Klimawandels in Österreich.

<https://www.sozialministerium.at/Services/Studien.html>

Bohnenberger, Katharina (2022). Klimasozialpolitik: Ein Forschungsstandbericht zur Verbindung von Klimapolitik und Sozialpolitik. <https://difis.org/institut/publikationen/publikation/24>

Armutskonferenz, Attac, Beigewum (2022). Klimasoziale Politik – Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten. <https://klimasozial.at/APCC> (2022). APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben. <https://klimafreundlichesleben.apcc-sr.ccca.ac.at/>

*Dr. Sebastian Seebauer, Joanneum Research, LIFE Institut für Klima, Energiesysteme und Gesellschaft*

*Ernest Aigner PhD, Gesundheit Österreich, Kompetenzzentrum Klima und Gesundheit*  
*Dr.<sup>in</sup> Katharina Brugger, Gesundheit Österreich, Kompetenzzentrum Klima und Gesundheit*

# 20 Jahre Ökumenisches Sozialwort

**Am Ersten Adventssonntag 2023 jährt sich die Veröffentlichung des „Sozialworts des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich“ – kurz: „Ökumenisches Sozialwort“ (ÖSW) – zum 20. Mal.**

Abgesehen von seinen Inhalten verdienen v.a. zwei Aspekte besondere Erinnerung: Erstens gibt es weltweit wohl nur wenige kirchliche Sozial-Dokumente mit vergleichbar breiter ökumenischer Beteiligung; zweitens ist der Prozess seiner Erstellung bemerkenswert.

## Entstehung

Die Idee zu einem ökumenischen Sozial-Dokument geht zurück auf die Delegiertenversammlung zum „Dialog für Österreich“ im Oktober 1998 in Salzburg: Nachhaltig inspiriert vom intensiven Diskursprozess, der dem 1990 erschienenen „Sozialhirtenbrief der katholischen Bischöfe Österreichs“ vorangegangen war und die gesamte österreichische Gesellschaft miteinbezog, stimmte eine große Mehrheit der Delegierten nicht nur für ein inhaltliches „Update“ des Sozialhirtenbriefs, sondern auch für ein kirchliches „Upgrade“ im Sinne der Einbeziehung aller christlichen Kirchen des Landes. Dieses Votum machte sich der Ökumenische Rat der Kirchen in Österreich (ÖRKÖ) zu eigen und beauftragte die Katholische Sozialakademie Österreichs (ksœ) mit der Koordination des folgenden 4-jährigen Prozesses: In dessen erster Phase haben tausende Menschen aus allen 14 Mitgliedskirchen des ÖRKÖ in mehr als 500 Stellungnahmen ihre Erfahrung der sozialen Wirklichkeit beschrieben. Bereits hier wurden äußerst unterschiedliche Wahrnehmungen derselben sichtbar, je nachdem, ob sie von Mitgliedern der historisch und gesellschaftlich etablierten westlichen Kirchen stammten oder aus dem mehrheitlich migrantischen Milieu der orthodoxen und altorientalischen Kirchen. Auch die traditionellen Methoden, mit sozialen Herausforderungen umzugehen, zeigten sich in den einzelnen Kirchen als teilweise sehr divergent. Diese Vielfalt fand Ein-

gang in einen 2001 erschienenen „Sozialbericht“. In einer zweiten Phase ergaben kritisch weiterführende Beiträge aus Parteien, Wirtschaft, Ministerien, sozialen Einrichtungen und Gemeinden zu diesem Bericht sowie viele intensive Diskussionen neue Einsichten, welche die schließlich im Sozialwort behandelten Themenfelder bereits als Schlüsselfragen erkennen ließen. In der dritten Phase haben mehr als 50 Frauen und Männer aus den christlichen Kirchen bei der Erstellung eines Textentwurfs mitgewirkt, der einem eingehenden Begutachtungsprozess in den einzelnen Kirchen unterzogen wurde, ehe alle Kirchenleitungen ihre Zustimmung zur Veröffentlichung des ÖSW gaben. Im Endergebnis ist dieses mithin nicht als „Hirtenwort“ zu lesen, sondern als aus einem Bottom up-Prozess entstandenes und die Perspektiven der einzelnen „Kirchenvölker“ widerspiegelndes, aber dennoch gemeinsames Sozial-Dokument.

## Inhalte

Ohne jetzt detailliert auf das die gesellschaftliche Wirklichkeit in großer Breite behandelnde Themenspektrum des ÖSW eingehen zu wollen, sei noch eine Besonderheit vermerkt: Jedes einzelne der ersten 8 Kapitel (inkl. den je drei Unter-Kapiteln vier und fünf) listet an seinem Ende konkrete „Aufgaben für die Kirchen“ – Selbstverpflichtungen – und „Aufgaben für die Gesellschaft“ – Forderungen an die Politik – auf. Die Kirchen erklären sich damit ausdrücklich mitverantwortlich für die Entwicklung und Ausgestaltung einer humanen, gerechten und solidarischen Gesellschaft – sowohl mit Blick auf die eigenen Strukturen und praktischen Schwerpunktsetzungen als auch im Sinne anwaltlichen (gesellschafts-)politischen Engagements und politischer Einmischung. Das abschließende 9. Kapitel „Vom

*Dr. Markus L. Schlagnitweit, Direktor der ksœ, Theologe, Sozial- und Wirtschaftsethiker*

Sozialwort zu sozialen Taten“ bekräftigt diese gemeinsame Mitverantwortung noch einmal explizit: Die Kirchen zeigen sich einerseits überzeugt, dass gesellschaftliche Probleme nur in Kooperation mit allen gesellschaftlichen Akteur:innen im Sinne guter Dialog- und Konfliktkultur gelöst werden können. Andererseits verweisen sie sowohl auf den spezifischen Beitrag, welchen sie selbst als gesellschaftliche Akteur:innen – einzeln oder gemeinsam – bei der Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen zu leisten bereit und fähig sind als auch auf die aus dem gemeinsamen Glauben gewonnenen Grundsätze, die sie dabei leiten.

## Update?

Die Inhalte des ÖSW erscheinen mir auch heute noch unverändert aktuell und einer aufmerksamen Relecture wert. Natürlich würden manche Schwerpunkte 2023 anders gesetzt: Das Kapitel 6 „Frieden in Gerechtigkeit“ würde vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs wohl anders akzentuiert, ebenso das Kapitel 5.c „Soziale Sicherheit“ mit den Erfahrungen der Covid-Pandemie. Das Kapitel 8 „Zukunftsfähigkeit: Verantwortung in der Schöpfung“ würde vermutlich mit einer noch viel höheren Dringlichkeit versehen, und vielleicht würde ein upgedatetes ÖSW um ein Kapitel erweitert, das sich der Krise und Weiterentwicklung der Demokratie widmet.

Andere Gewichtungungen ergäben sich aufgrund veränderter Kräfteverhältnisse innerhalb der Ökumene: Vertrauens- und Mitgliederverluste bei den historisch etablierten westlichen Kirchen, Mitgliederzuwachs und stärkere gesellschaftliche Integration östlicher Kirchen. Und schließlich ist heute nach der Kraft ökumenischen Willens zu fragen:

*Lesen Sie weiter auf Seite 6*

# Gierflation: Wenn Gewinne der Unternehmen die Teuerung antreiben

**Seit über einem Jahr hat uns die Teuerung fest im Griff. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine hat die Energiepreise steil nach oben getrieben. Gespürt haben wir das zuerst bei Stromrechnung und Heizkosten.**

*Dr. Oliver Picek, Chefökonom  
des Momentum Instituts*

Weil Energie in fast jedem Produkt, jeder Dienstleistung steckt, wurde auch alles andere schnell schmerzhaft teurer.

Aber während der Auslöser der Energiepreiskrise im Ausland liegt, ist ein Teil der Teuerung hausgemacht. Im Windschatten der horrenden Energiepreise haben viele heimische Unternehmen nicht nur ihre gestiegenen Kosten weitergegeben. Sie erhöhten ihre Preise deutlich darüber hinaus und streiften damit ordentliche Gewinne ein. Am kräftigsten hat der Energiesektor zugehakt, aber auch andere Branchen machten ein ordentliches Körbergeld: In der Landwirtschaft, im Bau, Tourismus, Handel oder Gastronomie haben Betriebe ihre Preise deutlich stärker erhöht, als ihre Kosten gestiegen sind.

## **Gewinne für einige Wenige, hohe Preise für die Vielen**

Die Unternehmen heizen damit die Teuerung an: Setzen einige Branchen ihre Preise hinauf und kurbeln ihre Profite damit an, steigen die Kosten auch in anderen Bereichen. Auch dort erhöhen Unternehmen in Folge ihre Preise – die sogenannte Profit-Preis-Spirale dreht sich. Die Kosten müssen die Konsument:innen stemmen. Die Teuerung frisst ihnen ein Loch in die Geldbörse: Heizungsnachzahlungen erreichten schwindelnde Höhen, eine Mieterhöhung nach der anderen flattert in den Briefkasten. Sobald die Supermarktkassa die Rechnung für den halbvollen Einkaufswagen ausspuckt, traut man seinen Augen nicht mehr.

International ist Österreich damit nicht allein. Dass die Profite der Unternehmen die Preise nach oben treiben, haben Wirtschaftsforscher:innen bereits in den USA, Kanada, Australien und Europa festgestellt. Jenseits des Atlantiks wird das Phänomen „Gierflation“ genannt, zusammengesetzt aus „Gier“ und „Inflation“. Auch die Chefin der Europäischen Zentral-

bank (EZB), Christine Lagarde, bestätigt: Die meisten Unternehmen hätten den Vorteil genutzt, die höheren Kosten zur Gänze auf die Kundschaft abzuwälzen. Viele von ihnen haben die Preise über den bloßen Kostendruck hinaus erhöht. Das bereitet der EZB Sorgen. Eine Teuerung, die entsteht, weil Unternehmen maximale Gewinne scheffeln? So etwas lässt sich mit Geldpolitik – immer höheren Zinsen – nur schwer zügeln.

Auch wenn sich die Gewinn-Inflation in ganz Europa und darüber hinaus beobachten lässt, in kaum einem anderen europäischen Land dreht sich die Profit-Preis-Spirale so schnell wie in Österreich. Zwei Drittel der hausgemachten Teuerung gehen hierzulande auf gestiegene Unternehmensprofite zurück.

## **Preiseingriffe statt Übergewinne**

Was kann eine Regierung gegen die profitgetriebene Teuerung tun? Erfahrungen zeigen: Strategische Preiskontrollen können übermäßige Preiserhöhungen einbremsen. Einige andere Länder Europas haben vorgezeigt, wie das geht, durch klug gesetzte Preisbremsen bei Energie, Lebensmitteln oder den Mieten. Anstatt die Teuerung weiter anzuhetzen, wird sie durch Preiseingriffe direkt gedämpft. Während Länder wie Spanien oder Frankreich bei Strom, Gas, Mieten oder Lebensmitteln auf die Bremse stiegen, hat Österreich lediglich bei den Strompreisen sachte gebremst. In keinem anderen Land der Eurozone hat die Regierung so wenig in Preise eingegriffen wie bei uns. Das rächt sich.

Zwar sinken zumindest die Energiepreise inzwischen wieder. Das wird in den nächsten Monaten auch bei den Konsument:innen ankommen. Die österreichische Teuerungsrate liegt dennoch deutlich über dem Durchschnitt

der Eurozone. Menschen mit wenig Einkommen können die gestiegenen Kosten längst nicht mehr stemmen. Sie trifft die Teuerung härter als einkommensstärkere Menschen. Denn sie müssen anteilig mehr ihres Geldes zur Deckung der Grundbedürfnisse – Essen, Heizen, Wohnen – ausgeben. Gerade dort stiegen die Preise jedoch am stärksten. Die Regierung hat hier vor allem mit Einmalzahlungen unterstützt. Eine Einmalzahlung hilft aber genau einmal. Bei der nächsten Mieterhöhung ist das Geld längst wieder verpufft. Die Auswirkungen der Teuerung treffen zwar die Ärmsten am stärksten, reichen aber mittlerweile bis in die untere Mittelschicht.

## **Gewinnverzicht statt Lohnzurückhaltung**

Die „Gierflation“ hat – gemeinsam mit dem Energiepreisschock – für den größten Kaufkraftverlust seit knapp siebzig Jahren gesorgt. Minus vier Prozent. Um ihre Löhne, Gehälter und Pensionen konnten sich die Menschen mit jeder Preiserhöhung der Unternehmen noch weniger kaufen. Damit sich die Situation nicht weiter verschärft, müssen die Löhne – bei den nächsten Lohnverhandlungen im Herbst – mit den Preisen schritthalten. Lohnverhandlungen passieren aber immer im Nachhinein, sie orientieren sich an den gestiegenen Preisen der Vergangenheit. Die Löhne hinken den Preisen also hinterher. Trotzdem gibt es schon Befürworter der „Lohnzurückhaltung“, vom Finanzminister bis zu manchem Leiter eines Wirtschaftsforschungsinstituts. Doch wer fordert, dass nun die Löhne nicht zu den Preisen aufschließen sollen, der muss zuerst Gewinnverzicht fordern. Auch wenn das weniger Gewinne als im Vorjahr bedeutet. Denn nur dann kommt die Kaufkraft der Menschen im Land wieder ins Lot.



# Greenwashing – Das Geschäft mit der grünen Lüge

**Nachhaltigkeit hat für viele an Bedeutung gewonnen. Nicht zuletzt deshalb werden immer öfter Produkte als „nachhaltig“, „klimafreundlich“, „CO<sub>2</sub>-neutral“ oder „plastikfrei“ beworben. Aber haben sich Produkte unserer Konsumgesellschaft tatsächlich grundlegend gebessert?**

Geht es dabei nur ums Geschäft mit unserem schlechten Gewissen? Nicht alle Versprechen von Unternehmen lassen sich bei genauerem Hinsehen mit wissenschaftlichen Fakten belegen. Wie können wir also sicher sein, dass alles, wo etwa „klimaneutral“ draufsteht, es auch ist?

## Grün ist das neue Schwarz

Grüne Produkte sind zweifelsfrei en vogue. Dabei stellt sich ganz grundlegend die Frage, ob bewusste Konsument:innen mit Konsum nun wirklich einen positiven Beitrag zum Klimaschutz leisten können. Wie eine aktuelle Erhebung zu „klimaneutralen“ Produkten des Konsumentenschutzes der AK Oberösterreich zeigt, handelt es sich dabei oft nur um so genanntes Greenwashing. Damit werden Produktinformationen oder Werbekampagnen bezeichnet, die einzelne Produkte oder ganze Unternehmen als besonders umweltfreundlich, ethisch korrekt und fair darstellen, obwohl dies nicht der Fall ist.

Die Formen des Greenwashing sind dabei ganz unterschiedlich:

- > *Verschleierung*: Hervorhebung von positiven Eigenschaften, die aber nur einen geringen Anteil an den gesamten Umweltwirkungen des Produkts haben.
- > *Fehlende Beweise*: Werbung mit einem nachhaltigen Attribut ohne Nachweise.
- > *Unklare Begriffe*: Nicht näher definierte Begriffe wie „umweltfreundlich“, „schadstofffrei“, „natürlich“ oder „grün“ ohne Angabe der konkreten Bedeutung für das Produkt.
- > *Fehlende Bedeutung*: Betonung einer richtigen, aber völlig irrelevanten Eigenschaft (Beispiel: veganes Mineralwasser).
- > *Beeinflussende Bilder und Labels*: Fotos oder Grafiken, die eine posi-

tive aber nicht wahrheitsgemäße Wirkung auf die Umwelt suggerieren. (Beispiel: Flugzeug mit Blumen-Abgasen).

## Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht

Leider sind zumindest die Folgen von Greenwashing nachhaltig. Es zerstört das Vertrauen von Konsument:innen in Unternehmen, denn Konsument:innen können grün gewaschene Produkte nicht von korrekt zertifizierten unterscheiden. Dieser Vertrauensverlust führt dazu, dass weder „Greenwashing Siegeln“ noch unabhängigen Standards oder anderen Beweisen vertraut wird. Allen ernsthaften Bemühungen von Unternehmen in Richtung einer nachhaltigen Produktion wird damit geschadet. Die Konsequenz daraus ist, dass auf lange Sicht immer weniger nachhaltige Produkte gekauft werden, da Konsument:innen davon ausgehen, dass jede kommunizierte Nachhaltigkeit automatisch auch Greenwashing ist.

## Neue EU-Gesetze sollen Vertrauen von Konsument:innen stärken

Die Europäische Kommission reagiert im März 2023 auf die zunehmende Bedeutung und Anwendung nachhaltigkeitsbezogener Produktkommunikation und deren unterschiedlichen Auslegungsmöglichkeiten mit einem neuen Richtlinienentwurf – der Green Claims Directive.

Das Regelwerk soll dazu beitragen, mit einem Überprüfungs- und Sanktionssystem gegen irreführende Umweltaussagen vorzugehen und damit Greenwashing zukünftig zu vermeiden. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass Konsument:innen glaubwürdige, vergleichbare und überprüfbare Informationen erhalten und

*Mag. Johannes Heimpl, MBA  
Konsumentenschutz, Kammer  
für Arbeiter und Angestellte für  
Oberösterreich*

dadurch mehr Klarheit für ihre Kaufentscheidungen gewinnen.

Unternehmen müssen sich laut Richtlinie mit ihren Behauptungen auf allgemein anerkannte wissenschaftliche Erkenntnisse stützen, genaue Informationen anführen und einschlägige internationale Normen berücksichtigen. Damit soll die Richtlinie sicherstellen, dass Werbung für nachhaltige Produkte und Dienstleistungen wahrheitsgemäß und verständlich ist. So soll mehr Transparenz und Glaubwürdigkeit geschaffen werden, um das Vertrauen der Konsument:innen zu stärken.

Allerdings dürfen gemäß des Richtlinienentwurfs auch in Zukunft Produkte und Dienstleistungen als „klimaneutral“ beworben werden. Immerhin muss gemäß der Green Claims Richtlinie ausgewiesen werden, ob Klimaneutralität durch Einsparungen statt durch CO<sub>2</sub> Kompensation erreicht wurde. Konsument:innen müssen damit aber auch weiterhin sehr kritisch auf die Werbeversprechen von Unternehmen achten, denn natürlich sollten Unternehmen ihre Emissionen reduzieren, anstatt sich davon freizukaufen.

Davon abgesehen dürfen Unternehmen auch zukünftig eigene Labels kreieren, allerdings nur dann, wenn diese auch von externen Kontrollstellen überprüft werden. Im aktuellen Entwurf sind Sanktionen außerdem nicht bindend und können umgangen werden, indem Unternehmen innerhalb einer bestimmten Frist ihre nachweislich inkorrekte Werbung ändern.

Es bleibt zu hoffen, dass der Konsumentenschutz durch die Richtlinie ein zusätzliches Rechtsmittel erhält, um im Sinne der Konsument:innen gegen Greenwashing vorzugehen.

# Digitale Jägerstätter Edition

Am 1. Juni 2023 präsentierte das Franz und Franziska Jägerstätter Institut (FFJI) der Katholischen Privat-Universität Linz die „Digitale Jägerstätter Edition“.

Nach mehrjähriger Forschung sind nun 370 Schriften aus dem Familiennachlass und weiteren Sammlungen auf einer Website umfassend erschlossen und frei zugänglich. Die Onlineplattform setzt damit einen neuen Impuls für die Jägerstätter-Forschung und für den Unterricht in Fächern wie Ethik, Religion, Geschichte und politische Bildung.

## Vom Familienbesitz in die Öffentlichkeit

Franziska Jägerstätter ist es zu verdanken, dass die historisch bedeutenden Quellen heute zur Verfügung stehen und digital aufbereitet werden konnten. Seit 2018 befinden sich diese durch eine Schenkung im Besitz der Diözese Linz und werden durch das Franz und Franziska Jägerstätter Institut inventarisiert, katalogisiert und wissenschaftlich erforscht. Die Edition macht also einen ungewöhnlichen Quellenbestand aus Familienbesitz einer breiten Öffentlichkeit zugänglich. Die Edition wurde mit dem Ziel konzipiert, sowohl für die akademische als auch für pädagogische und individuelle Nutzung neue Akzente zu setzen. Mit der Edition werden alle Schriften von Franz Jägerstätter in vollem Umfang und chronologisch abgebildet. Außerdem werden erstmals Korrespondenzen und Schriftwechsel eingebunden, die zwischen den Jägerstätters und anderen Personen bestanden.

## Umfangreicher Quellenbestand

Der Hauptteil der Edition konnte um weitere Briefe und Lebensdokumente aus anderen Sammlungen erweitert werden. Die Edition umfasst insgesamt 370 schriftliche Quelle, die in Buchseiten gerechnet rund 1.000 Seiten entsprechen. Davon stammen 103 Schreiben aus der Hand Jägerstätters,

183 Schreiben wurden an ihn gerichtet und 50 Schreiben stammen von Personen aus Jägerstätters Umfeld an – nicht nur, aber vor allem – Franziska. Dazu kommen vier Hefte mit rund 200 Seiten und 30 mehrseitige schriftliche Reflexionen Jägerstätters aus der Zeit vor der Kriegsdienstverweigerung und der Haft. Namensregister mit über 400 Namen, rund 1.640 textkritische Kommentare, ein Bibelstellenverzeichnis und Biografien zu zentralen Personen aus Jägerstätters Umfeld machen den Quellenbestand verständlich.

Die Schriften wurden in eine aktuelle Lesefassung gebracht und liefern möglichst viel Hintergrundinformationen zu den Inhalten der Texte. In der digitalen Umgebung befinden sich Bilder der Originalschriften in individueller Handschrift neben mehreren Textfassungen, aus denen je nach Interesse ausgewählt werden kann. Eine Fotosammlung mit über 50 Fotografien bieten zudem einen visuellen Einstieg in die Lebensgeschichte der Familie Jägerstätter

## Neue Impulse

Jede Generation nähert sich Franz Jägerstätter neu an. Die digitale Edition führt zu den Quellen, den Beziehungen, Lebenswelten der Menschen damals. Sie bietet zusätzliche Möglichkeiten der Auseinandersetzung mit dieser außergewöhnlichen Lebensgeschichte und eröffnet neues Potential hinsichtlich Reichweite und Annäherung; sie ist ein Modell hinsichtlich Benutzerfreundlichkeit, Breite und Tiefe der Erschließung. So kann auch zukünftig am Innviertler Bauern und Familienvater Franz Jägerstätter sichtbar werden, dass es für zentrale ethische und politische Fragestellungen und Entscheidungen nicht automatisch ein Universitätsstudium braucht, sondern Gewissensbildung, politische

Mag.<sup>a</sup> Hermine Eder, Leitung PR und Kommunikation, Katholische Privat-Universität Linz

Urteilkraft und Willensstärke.

Das FFJI wird bereits 2024 ein weiteres Projekt abschließen, das sich generell der pädagogischen Arbeit zu Franz Jägerstätter widmet, einschließlich der Nutzung der digitalen Edition.

Die Jägerstätter Edition ist online abrufbar unter <https://edition.jaegerstaetter.at>.



Finanziert wurde das Projekt unter anderem durch die Drittmittelförderungen der Diözese Linz, des Landes Oberösterreich und der Österreichischen Ordenskonferenz.

Fortsetzung von Seite 3

## 20 Jahre Ökumenisches Sozialwort

Vermutlich wäre es ohne die Initiative und Ressourcen aus den Reihen der römisch-katholischen Kirche nie zu einem ÖSW 2003 gekommen. Diese ist zwar immer noch der größte Player in der österreichischen Ökumene, scheint derzeit aber übermäßig mit sich und notwendigen inneren Reformen beschäftigt zu sein. Andererseits bezweifle ich, dass das gesellschaftspolitische Verantwortungsbewusstsein der christlichen Kirchen maßgeblich gesunken ist. Aber im unaufhaltsamen Säkularisierungsprozess unserer Gesellschaft unterliegt auch die gesellschaftliche Rolle der Kirchen (und der Religionen generell) einem Wandel, der danach fragen las-

sen muss, ob ein bloßes Update des ÖSW heute überhaupt das zeitgemäße Mittel der Wahl wäre, um als christliche Kirchen gemeinsam gesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen.

resse - interesse - interesse - interesse - interesse  
sse - interesse - interesse - interesse - in  
se - interesse - intere  
e - in

## BÜCHER

Folgende Bücher sind im Fachbereich Gesellschaft und Soziales entlehnbar:

**M. Czerny/Chr. Barone: Wir sind alle Geschwister – das Zeichen der Zeit. Die Soziallehre von Papst Franziskus. Herder Verlag, Freiburg im Breisgau 2023, 270 Seiten.**

Die Hauptthese von Papst Franziskus lautet: Wir dürfen die soziale Dimension des christlichen Glaubens nie aus den Augen verlieren. Er betont das „Geschwistersein aller“, wir sind alle eine einzige Familie, die soziale Freundschaft ist eine Form der Liebe. Im Buch wird die Hinführung der Aussagen des Zweiten Vatikanischen Konzils zu seinem letzten Lehrschreiben „Fratelli Tutti“ entwickelt. Franziskus sieht das als Vollendung des Konzils. Das wichtigste Element des sozialen Lehramtes von Franziskus sind die Wege zum Tun. Es ist eine Aufforderung zum Begreifen der Dringlichkeit des Geschwisterseins und zum Aufbau einer besseren Welt. Ein Aufruf an jeden von uns neuen Mut und Eifer zu zeigen. Darüber hinaus enthält das Buch zwei Anhänge:

Anhang I („Geschwisterlichkeit aller nach der Pandemie“), darin wird die Hoffnung ausgedrückt, dass sich die Dinge nach COVID-19 zum Besseren entwickeln. Anhang II („Tanzen und Trauern“) ist eine Schriftmeditation zu den heutigen Zeichen der Zeit anhand von Matthäus 11,1-9.

**I. Praetorius/U. Meier-Gräwe: Um-Care. Wie Sorgearbeit Wirtschaft**

**revolutioniert. Patmos Verlag, Ostfildern 2023, 157 Seiten.**

Proteste und Streikdrohungen für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Entlohnung haben den Care-Bereich (Sich Kümern um Hausarbeit, Kindererziehung, Pflege von alten und kranken Menschen) in den Mittelpunkt der ökonomischen und sozialen Betrachtung gerückt. Bisher waren diese Arbeitsfelder eher am Rande als im Fokus der politischen Diskussion. „Unser Ziel muss sein, dass die Ökonomie wieder wird, was sie zu sein behauptet: die Theorie und Praxis der Befriedigung der Bedürfnisse von Milliarden menschlicher Würdenträger:innen, die zusammen mit unzähligen anderen Lebewesen den großzügigen und verletzbaren Lebensraum Erde bewohnen, jetzt und in Zukunft.“ Der Inhalt des Buches ist aus Textbausteinen aufgebaut, die jeder für sich gelesen werden kann, aber auch einem gewissen Aufbau folgen.

**A. Falk: Warum es so schwer ist, ein guter Mensch zu sein ... und wie wir das ändern können: Antworten eines Verhaltensökonomens. Siedler Verlag, München 2022, 334 Seiten.**

Wer hat nicht schon die Erfahrung gemacht, sich für den eigenen Vorteil und gegen das Gemeinwohl entschieden zu haben? Warum wir es oft nicht tun und was uns daran hindert ist der Inhalt dieses Buches. An vielen anschaulichen Beispielen und auf der Basis eigener Studien zeigt uns der Autor, unter welchen Umständen sich Menschen (un)moralisch verhalten und welchen Einfluss Persönlichkeit und Geschlecht, aber auch unsere soziale Umgebung und konkrete Entscheidungssituationen auf unser Handeln haben. Denn nur, wenn wir verstehen, wo die moralischen Stolperfallen lauern, wird es uns gelingen, unser Verhalten – und auch die Rahmenbedingungen in Wirtschaft und Gesellschaft – zu ändern. Es ist ein dauerndes Ringen, sich anständig und moralisch richtig zu verhalten, aber mit entsprechendem Wissen ist es uns vielleicht leichter möglich.

**Eigen- und Fremdscham**



Unlängst musste ich einem Politiker beim Schwadronieren zuhören, dass dank des Klimawandels jetzt endlich wieder Wein in Aschach a. D. angebaut werde. Leider hörte ich ihn nicht am Stammtisch, sondern im EU-Parlament, wofür ich mich heftig genierte. Für gewöhnlich bekommen völkische Funktionäre bei mir keine Sendezeit, aber ich konnte Ö1 nicht schnell genug abdrehen, da ich die Hände am Lenkrad hatte. Auch dafür genierte ich mich: über meine eigene Verstrickung in den Klimawandel. Eine lebensnotwendige Fahrt war es nicht, ich saß im eigenen Auto, mit niemand anderem als der Hündin, der ich veganes Hundefutter gekauft hatte, das es natürlich nur in einem Einkaufszentrum gibt. Mir war heiß vor Zorn, trotz laufender Klimaanlage. Es ist ein altes Auto, denn das Budget von Weinbergsschnecken ist sehr viel kleiner als die 9.808,67 € Grundgehalt für EU-Parlamentarier. „Ich kenne niemand in Österreich, der unter dem Klimawandel leidet!“ sagte der völkische Funktionär. Schon klar, eine fußkranke Mindestpensionistin kommt selten aus ihrer winzigen, glutheißen Stadtwohnung ohne Lift ins schöne Aschach, wo sie den EU-Abgeordneten einen Dolm heißen könnte. Aber ist 2013 schon so lange vergangen? Da stand nicht nur Aschach im Hochwasser. Ich würde mich für so eine törichte Argumentation genieren, das wäre ja grade so, als würde ich Corona leugnen, weil ich es selbst nicht hatte. Und dann auch noch behaupten, niemanden zu kennen, der darunter gelitten habe. Sei es nicht herrlich gewesen, endlich Zeit für das Sortieren der Bibliothek zu haben? Fernreisen seien eh so anstrengend, dieser Jetlag allerweil! Schreibe ich solchen Unfug in diese Kolumne, würde mich das Redaktionsteam hoffentlich bitten, mal wieder unter echte Menschen zu gehen.

Ihre Weinbergsschnecke

resse - interesse - interesse - interesse - interesse  
sse - interesse - interesse - interesse - interesse  
se - interesse - interesse - interesse - interesse

# TERMINE

## Im Dialog mit der Stadt Linz Stadtspaziergang

mit prominenten Linzer:innen  
Fr., 15. Sept. 2023, 14:45 – 16:30 Uhr  
Referent: *Norbert Trawöger*  
Künstl. Direktor – Bruckner Orchester  
Start:

Urbi@Orbi, Bethlehemstraße 1a,  
4020 Linz

Anmeldung erwünscht:  
urbi.orbi@dioezese-linz.at  
☎ (0676) 87 76 60 00

## Politisches Gebet für Frieden – Gerechtigkeit – Bewahrung der Schöpfung – Gutes Leben für Alle Thema: Klima – Schöpfung

Do., 28. Sept. 2023, 18:00 – 18:30 Uhr  
Martin Luther Kirche, Martin-Luther-  
Platz 1, 4020 Linz

## Im Dialog mit der Stadt Linz Stadtspaziergang

mit prominenten Linzer:innen  
Fr., 20. Okt. 2023, 14:45 – 16:30 Uhr  
Referentin: *Claudia Kapeller*  
Obdachlosen Seelsorgerin  
Start:

Urbi@Orbi, Bethlehemstraße 1a,  
4020 Linz

Anmeldung erwünscht:  
urbi.orbi@dioezese-linz.at  
☎ (0676) 87 76 60 00

## Machen Sie mit beim Kirchlichen Umweltpreis 2023!

Katholische und evangelische Pfarr-  
gemeinden sowie die Ordensgemein-  
schaften sind aufgerufen, aktiv zur  
Bewahrung der Schöpfung beizu-  
tragen. Der Kirchliche Umweltpreis  
steht 2023 unter dem Motto:

„LEBENDIGES MITEINANDER IN  
NACHHALTIGEN KIRCHLICHEN  
GEBÄUDEN“

Nähere Informationen:

[www.schoepfung.at/umweltpreis](http://www.schoepfung.at/umweltpreis)



## Parlamentsbesuch

*Reise zu Geschichte und Gegenwart der Demokratie in Österreich*

An diesem Tag machen wir eine Entdeckungseise zur Geschichte und Gegen-  
wart österreichischer Politik. Wir werden das frisch renovierte Parlament be-  
sichtigen und uns während einer Führung mit der Geschichte des Hauses,  
aktuellen politischen Frage und den österreichischen Entscheidungsgremien  
befassen.

Unsere Reise geht weiter ins Haus der Geschichte und zum Heldenplatz. Hier  
entdecken wir zentrale Geschehnisse österreichischer Politik. Am Heldenplatz  
werden wir mit einer interaktiven App wichtige Momente am Heldenplatz  
nachhören.

Im Haus der Geschichte machen wir uns auf die Spuren von der Monarchie zur  
Demokratie, von der Diktatur bis ins Heute. Die aktuelle Sonderausstellung  
heißt "Neue Zeiten: Österreich seit 1918".

Am zentralen Gedenkort für die Schrecken der nationalsozialistischen Herr-  
schaft werden wir mit einem kurzen Gedenken an der Shoa Namensmauer im  
Ostariccipark unsere Reise beenden und mit der Bahn zurück nach Ober-  
österreich reisen. Im Zug werden wir mit Impulsen und Anregungen in kleinen  
Gruppen ins Gespräch kommen.

**Termin: Sa., 21. Okt. 2023, 7:30 bis 19:30 Uhr**

Beitrag: € 20,00 exklusive Reisekosten.

Nähere Informationen bei **Anmeldung:**

Bildungszentrum Maximilianhaus, Gmundnerstraße 1b,  
4800 Attnang-Puchheim  
maximilianhaus@dioezese-linz.at, ☎ 07674/66 550;

*Begleitung:* Lucia Göbesberger, Diözese Linz, Fachbereich Gesellschaft und  
Soziales, Eva-Maria Kinast, Haus der Frau, Willi Seuffer-Wasserthal, Bildungs-  
zentrum Maximilianhaus

Eine Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der Diözese Linz, Fachbereich Gesellschaft und  
Soziales sowie dem Haus der Frau, Linz.

Gefördert von der Gesellschaft für politische Bildung.



Impressum: Inhaberin Diözese Linz (Alleininhaberin)  
Herausgeberin und Verlegerin: Mag.ª Lucia Göbesberger, Fachbereich Gesellschaft und Soziales,  
Diözese Linz, Bereich 3 Soziales & Caritas, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, ☎ (0732) 76 10 – 32 51  
E-Mail: [gesellschaft\\_soziales@dioezese-linz.at](mailto:gesellschaft_soziales@dioezese-linz.at), [www.dioezese-linz.at/soziales](http://www.dioezese-linz.at/soziales)  
Hersteller: Druckerei Haider Manuel e.U., 4274 Schönau i.M., Niederndorf 15  
Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau, Erscheinungsort Linz  
Österreichische Post AG - M202Z031665M – Diözese Linz, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz  
Die Inhalte müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Katholische Kirche  
in Oberösterreich

